

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Theodor ...
Verlag: ...

Reparaturgebühr bei ...
Anzeigenpreise: ...

Druck u. Verlag: ...
Korrespondenten: ...

Frankreich läßt die Maske völlig fallen

Eindeutige Erklärung gegen die Abrüstung

Genf, 19. Mai. Im Vorgesandsschuh der Abrüstungskonferenz gab am Donnerstag der französische General Auberz eine Erklärung ab, die deutlich den Entschluß Frankreichs zeigt, unter keinen Umständen auf die schweren Angriffswaffen zu verzichten.

General Auberz erklärte im schroffen Widerspruch zu der grundsätzlichen Entschlieung des Hauptstaates der Abrüstungskonferenz, daß eine Unterscheidung zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen überhaupt nicht möglich sei.

Das Verbot der Angriffswaffen sei zwecklos, da ein zum Angriff übergehender Staat sich niemals an irgendein Waffenverbot halten würde. Ferner würde das Verbot der Angriffswaffen lediglich diejenigen Staaten treffen, die heute über die schweren Angriffswaffen verfügen, nicht jedoch die Staaten ohne derartige militärische Mittel.

Die Erklärung Auberts hat in allen Kreisen einen außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen. Eine Erwiderung von deutscher Seite wird in der nächsten Sitzung erwartet.

Reparaturen und Abrüstung, aufs schärfste demontiert. Herriot warnt vor angeblichen Interviews, in denen er in seinem Falle seine wahren Gedankenäußerungen wieder erkenne. Er bittet die Presse, nur das für authentisch hinzunehmen, was er selbst in seinen Reden oder in den von ihm geleiteten Artikeln zum Ausdruck gebracht hat.

„Mutterin der Zivilisation“

Der französische Generallistmus über die Aufgaben des Heeres
Paris, 19. Mai. Der französische Generallistmus, General Weygand, wurde heute als Mitglied in die Academie Francaise eingeführt, wo er den durch den Tod des Marschalls Joffre freigebliebenen Platz erhielt. Weygand würdigte bei dieser Gelegenheit in längerem Ausführungen die Pflichten und Aufgaben des Heeres. Das Heer, so führte er aus, lehne es ab, als Instrument der Herrschaft anzusehen zu werden.

Siedlung und Prämienanleihe

Aus der zunehmenden Not der langfristige Erwerbslosen, aus der Ausichtslosigkeit der Jugend, die in das Berufsleben eintreten will, aber keine Erwerbsmöglichkeiten sieht, und aus dem Zusammenbruch zahlreicher Güter im Osten, für die Hilfe von der Reichsregierung erst in Aussicht gestellt wurde, als es zu spät war, sehen sich die Gründe dafür zusammen, daß der Siedlungsaedanke, vor gar nicht langer Zeit noch ziemlich unpopulär, heute zu einer wirklichen Volksfrage geworden ist. Freilich, die Schwierigkeiten sind ungeheuer. Sie liegen in der allgemeinen Not unserer Landwirtschaft, die es schon dem von früherer Jugend an seine harte Arbeit gewöhnten Bauern schwer macht, sich zu behaupten.

Doch gibt es heute siedlungsbereite Menschen über diese Kreise hinaus, die Berücksichtigung fordern. Nicht kennzeichnend dafür, wie heute die Siedlungsidee die großstädtischen Massen beherrscht, ist beispielsweise ein Bericht aus dem Ruhrgebiet, wo eine Siedlerberatungsstelle der Menge der siedlungsbereiten Erwerbslosen nicht mehr Herr werden konnte und die Polizei zum Schutze ihres Bütros in Anspruch nehmen mußte.

Wie notwendig die Siedlung von nationalen Standpunkten aus geworden ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Gebiet der Dähle rund zwei Millionen Morgen nicht mehr unter die Schu und Sanierungsmaßnahmen fallen, also für die Volksernährung ausfallen würden. Diese Fläche ist so groß wie die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche des Freistaates Hessen.

Das beweist schon die Wärme, mit der ihre Organe dafür eintreten, sowie das eindrucksvolle Bekenntnis, daß der aus ihren Reihen hervorgegangene Minister Schlangenschnungen für die Sache in einer großen Rede dieser Tage abgelegt hat. Praktisch ist dieses Interesse darin begründet, daß dadurch immer weitere Volksteile für die Einsicht gewonnen werden, daß der Schu der landwirtschaftlichen Eigenenerzeugung aus wirtschaftlichen und aus Gründen der Erhaltung einer hinreichend großen, landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung notwendig ist.

Herriot dementiert

Paris, 19. Mai. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht eine Erklärung Herriot, in der er gewisse Darlegungen ausländischer Blätter über die mutmaßliche Einstellung der neuen Regierung gegenüber den großen außenpolitischen Fragen, wie

Die Sanierungspläne des Reichskabinetts

Neue Steuerlasten und Sozialabbau

Berlin, 19. Mai. Das Reichskabinett ist auch am Donnerstagmorgen zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, die allerdings nach kurzer Dauer wieder unterbrochen und auf den Freitagvormittag vertagt wurde. Im Laufe des Freitag werden dann zur endgültigen Erledigung der vom Kabinett gehaltenen Pläne noch zahlreiche sogenannte Referentenbesprechungen stattfinden. Was das gegenwärtige Aussehen der Sanierungspläne angeht, so verläutet mit großer Bestimmtheit,

daß sowohl eine Verdoppelung der Bürgersteuer, als auch die Einbeziehung der Beamten in die Arisensteuer beschlossen werden dürfte.

Der Protest der Beamtenverbände gegen die letzte Maßnahme ist also offenbar vom Reichskabinett verworfen worden. Weiter hat es den Anschein, als ob man für den finanziellen Aufwand, den die Arbeitslosenversicherung verursacht, einen Ausgleich durch eine Erhöhung der Unterhaltungsabgaben schaffen will. Es heißt bereits, daß die gegenwärtige Dauer der Anspruchsperiode der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 18 Wochen herabgesetzt werden soll.

Bei der hohen Zahl von zu unterstützenden Erwerbslosen würde sich eine Verminderung der Unterstützungsleistungen um den Zeitraum von zwei Wochen finanziell natürlich immerhin sehr bemerkbar machen. Diese Verfürzung der Verpflichtung der Arbeitslosenversicherung auf der einen und die Erhöhung der Bürgersteuer und Ausdehnung der Arisensteuer auf der anderen Seite ist nach dem, was man über die entsprechenden Kabinettsberatungen hört, vom Kabinett offenbar bereits mit Mehrheit gebilligt worden.

So muß es immer zweifelhafter erscheinen, ob dann noch eine parlamentarische Verabschiedung des Etats möglich ist.

vermelden und ihn auf dem Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen trachtet. Interessant ist übrigens noch, daß an den heutigen Kabinettsberatungen entgegen den letzten Tagen weder Dr. Goerdeler noch General v. Schleicher teilgenommen haben.

Auch in außenpolitischer Hinsicht zeigen sich für das Kabinett neue Sorgen. In der französischen und auch in der englischen Presse werden Meldungen wiedergegeben, nach denen die Parisaaner Reparationskonferenz, die nach den bisherigen Dispositionen am 16. Juni ihren Anfang nehmen sollte, eine Verschiebung erfahren soll. In der französischen Presse wird dies damit begründet, daß bis zu dem in Aussicht genommenen Termin keine aktionsfähige französische Regierung vorhanden sein würde, die mit ausreichenden Vollmachten in Lausanne verhandeln könnte.

Daß eine Verschiebung der ganzen Reparationskonferenz bis in den September hinein sich als nützlich erweisen könnte.

An den Berliner zuständigen Stellen wird zu diesen Meldungen allerdings erklärt, daß offizielle Nachrichten, daß Frankreich eine Verschiebung der Konferenz plane, jetzt nicht vorliegen. Es handelt sich bei diesen Mitteilungen offenbar mehr um Versuchsallos. Deutschland werde nach wie vor alles daran setzen, damit die Reparationskonferenz zu dem vorgesehnen Termin vor sich gehen könne. Eine Verschiebung der Reparationskonferenz würde, worüber man sich auch in den Kreisen der Regierung nicht täuscht, für das Kabinett Bräunung einen überaus schweren Schlag bedeuten, einen Schlag, der ausreichen würde, um das bisher von einer kleinen Mehrheit immer noch mühsam am Leben erhaltene Kabinett endgültig zu stürzen. Gerade durch den Hinweis darauf, daß die schwierige und nicht länger zu verzögernde Reparationskonferenz nicht gefährdet werden dürfte, ist es Dr. Brüning immer wieder gelungen, den unzufriedenen Teil seiner parlamentarischen Gefolgschaft zu beschwichtigen. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß die Meldungen der Pariser Blätter in der Wilhelmstraße mit sorgenvollen Mienen gelesen werden, da man weiß, daß hinter derartigen Nachrichten fast immer der Qualidra zu stehen pflegt.

Neuer Antrag auf Reichstagsberufung

Berlin, 19. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichstagspräsidium erneut die Einberufung des Reichstages am 24. Mai beantragt unter gleichzeitiger Mitteilung ihres Schrittes an die übrigen Oppositionsparteien.

Eine Opeliniederlassung in Shanghai. Die Firma Opel-Rüsselsheim hat in Shanghai in Anwesenheit von Geheimrat Wilhelm von Opel eine eigene Niederlassung eröffnet.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10

Die Linke, insbesondere die Sozialdemokratie, hat sich vor ihren Anhängern weitgehend dahin festgelegt, eine Verminderung der sozialen Leistungen sowie Erhöhung der auch die breiten Massen treffenden Steuern nicht zuzulassen. Es wäre also der Linken, selbst wenn man die geradezu atombombischen Sprünge in Betracht zieht, die sie bisher gemacht, um das Kabinett Bräunung als Hilfe gegen den „Faschismus“ am Leben zu erhalten, doch kaum möglich, sich mit dem jetzt vom Kabinett ins Auge gefassten Maßnahmen abzufinden. Auf der anderen Seite kann das Kabinett auf eine Unterstützung der Rechten für seinen Etat nicht rechnen, und so gewinnt es immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß man eine parlamentarische Verabschiedung des Etats